

Freies Wort

KREIS SONNEBERG

69. Jahrgang / Nummer 272

Samstag/Sonntag, 21./22. November 2020

www.insüdthüringen.de / Preis 1,80 Euro



Ministerium lehnt frühere Ferien in Hildburghausen ab

Hildburghausen/Erfurt – Trotz hoher Corona-Infektionsraten in einzelnen Kreisen lehnt das Bildungsministerium verlängerte Weihnachtsferien ab. Am Freitag hatte sich der Landkreistag dafür ausgesprochen, Schulen dort zu schließen, wo die Infektionsraten hoch sind. „Wenn viele Lehrer in Quarantäne sind, wie sollen Schulen dann aufbleiben?“, fragte die Greizer Landrätin Martina Schweinsburg (CDU).

Das Ministerium verwies auf die Ampelregelung für Schulen und Kindergärten. Schließungen gebe es, wenn die Infektionszahlen an der Einrichtung die Grenzen überschreiten. Weitere Entscheidungen sollen am Mittwoch getroffen werden.

Der Vorschlag, bereits am 11. Dezember in die Ferien zu starten, war von Hildburghausens Landrat Thomas Müller (CDU) gekommen. Müller war zuvor auch mit Forderungen nach einem Total-Lockdown in seinem Kreis beim Land abgeblitzt. Hildburghausen meldete am Freitag eine Sieben-Tage-Inzidenz von 302 Neuinfektionen auf 100.000 Einwohner. Das ist der höchste je in Thüringen gemessene Wochenwert. Damit rückt Hildburghausen in die Gruppe der zehn am stärksten von der Pandemie betroffenen Regionen Deutschlands auf. In den Kreisen Hildburghausen, Sonneberg, Coburg und Kronach hat die Gesamtzahl der Infektionen seit Pandemiebeginn die Schwelle von einem Prozent der Bevölkerung erreicht.

Unterdessen meldeten der Unstrut-Hainich-Kreis und der Kreis Sömmerda große Ausbrüche in Pflegeheimen. In Großvargula wurden 29 Bewohner sowie acht Mitarbeiter positiv getestet. *er/ek* **Seiten 6, 16, 32**

Armut trifft mehr Thüringer

Erfurt/Berlin – In Thüringen ist der Anteil derjenigen Menschen, die als arm gelten, einer Studie zufolge nach wie vor größer als im Bundesdurchschnitt. Wie aus dem Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands hervorgeht, lag die Armutsquote in Thüringen im vorigen Jahr im Freistaat bei 17 Prozent, der Bundesdurchschnitt bei 15,9 Prozent. Im Jahr 2018 waren es noch 16,4 und 15,5 Prozent. Den höchsten Anteil armer Menschen hat der Studie zufolge Bremen mit 24,9 Prozent.

Bundesweit gelten dem Bericht zufolge 13,2 Millionen Menschen als arm. Das seien so viele wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr.

Als arm gelten Haushalte, die über weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens verfügen. Damit lag die Armutschwelle 2019 für eine alleinstehende Person bei 1074 Euro, für Alleinerziehende mit einem Kind bei 1396 und für ein Paar mit zwei Kindern bei 2256 Euro. *jwe*



Die Polizeibeamten haben nach dem Leichenfund auch am Freitagvormittag noch die Wiesen in Geraberg akribisch nach möglichen Spuren eines Täters abgesucht. *Foto: Constanze Wagner*

Tod einer Rentnerin gibt Rätsel auf

In Geraberg im Ilm-Kreis ist am Donnerstagabend eine 86-jährige Frau in einer Gartenanlage tot aufgefunden worden. Laut Staatsanwaltschaft handelt es sich um ein Tötungsverbrechen.

Von Danny Scheler-Stöhr und Anke Kruse

Geraberg – In einer Gartenanlage in Geraberg im Ilm-Kreis ist am Donnerstagabend eine 86-jährige Frau tot aufgefunden worden. Die Frau stammte aus Ilmenau, hatte in Geraberg aber einen Garten. Wie die Staatsanwaltschaft Erfurt auf Nachfrage dieser Zeitung mitteilte, handelt es sich um ein Tötungsverbrechen. Hintergründe zur Tat wollte die Staatsanwaltschaft aus ermittlungstaktischen Gründen nicht nennen. Auch gäbe es noch keinen Tatverdächtigen. Es wird in alle Richtungen ermittelt.

Beamte der Landespolizeiinspektion Gotha und Spezialisten des Landeskriminalamtes hatten die Ermittlungen vor Ort aufgenommen. Auch am Freitag noch waren in der abgesperrten Gartenanlage die Polizisten auf der Suche nach Spuren. Die Beamten haben nach Angaben einer Augen-

zeugin die Wiesen hinter den Gärten bis hin zum neu angelegten Teich im Morbacher Park akribisch abgesucht. „Ich finde es sehr, sehr schlimm, was hier passiert ist. Vor allem, wenn ich mir vorstelle, dass auch ich alleine unterwegs bin oder dass sich auch andere Spaziergänger und Familien mit ihren Kindern im Morbacher Park erholen wollen oder den Spielplatz aufsuchen ...“, sagte sie.

Auch Vertreter aus der Kommunalpolitik waren entsetzt. Dominik Straube, Bürger-

meister der Landgemeinde Geratal, zeigte sich erschüttert. „Dabei denkt man sonst, so etwas passiert nur woanders und vor allem weit weg. Aber jetzt ist es quasi vor der Haustür passiert. Das macht mich sehr traurig.“ Für Ortschaftsbürgermeister Holger Frankenberg ist es „sehr schlimm, dass so etwas hier im Ort passiert und möglicherweise einem unschuldigen Menschen das Leben genommen wurde. Darüber bin ich sehr erschüttert und sprachlos. Es ist so schon eine trostlose Zeit.“



Die Polizei und Spezialisten des Landeskriminalamtes untersuchen den Tatort. *Foto: Wichmann*

Beamte sollen in die Rentenkasse zahlen

Beamte, die 2030 jünger als 30 sind, sollen in die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) einbezogen werden. So steht es in einem Konzept des Fachausschusses für Soziales der CDU.

Berlin – Unter der Überschrift „Wir wollen eine funktionierende Rente für alle“ weist das Konzept darauf hin, dass es heute für Selbstständige, Berufe mit eigenen Versorgungswerken und Politiker verschiedene, von der GRV unabhängige Alterssicherungssysteme gebe: „Die Rentensysteme jenseits der GRV werden von der Bevölkerung als Privilegien betrachtet, an denen

sie nicht teilnehmen können.“ Deshalb sei es für die CDU „vorstellbar“, die GRV in eine Erwerbstätigenversicherung weiterzuentwickeln: „Dabei wollen wir als ersten Schritt ab 2030 die Personen unter 30 Jahren, die als Beamte, Selbstständige oder Politiker tätig sind bzw. werden, in die GRV integrieren. Alle, die älter sind, bleiben in ihren bisherigen Versorgungswerken.“ Die Nettogehälter der Beamten dürften im Zuge der Einbeziehung in die GRV nicht sinken. Hintergrund: Wären die Beamten in der GRV, müssten sie – genau wie Arbeitnehmer – aus ihrem Einkommen Beiträge an die Rentenkasse abführen.

Lob für den Vorstoß aus den Reihen der CDU kommt vom SPD-Bundestagsabgeordneten Martin Rosemann: „Die SPD ist

schon seit Langem für eine Erwerbstätigenversicherung, in die alle Beschäftigten solidarisch einzahlen. Wenn die CDU das jetzt auch will, können wir sofort darüber verhandeln“. Aus Sicht des Linken-Bundestagsabgeordneten Matthias Birkwald ist der Vorschlag richtig, aber nicht ehrgeizig genug: „Ich begrüße das klare Bekenntnis aus Kreisen der CDU zu einer Erwerbstätigenversicherung. Es zeugt aber nicht von Entschlossenheit, wenn man damit erst 2030 beginnen will.“ Bis 2050 durchlebe Deutschland einen starken demografischen Wandel. Um ihn bewältigen zu können, müssten Beamte und Erwerbstätige mit hohen Einkommen deutlich eher als 2030 in die Rentenkasse einzahlen.

Kai Rosenberger, der Landesvorsitzende

des Beamtenbunds/Tarifunion von Baden-Württemberg, betont, dass es theoretisch natürlich möglich sei, neu einzustellende Beamte in die GRV einzubeziehen. Davon bleibe aber der im Grundgesetz niedergelegte „Alimentationsgrundsatz“ unberührt. Er besagt, dass der Dienstherr Beamten amtsangemessene Bezüge und Pensionen gewähren muss. „Niemand darf ernsthaft glauben“, so Rosenberger, „die Beamten mit einer Integration in die gesetzl. RV den Rentnern gleichstellen zu können.“ Die Integration in die GRV spare auch kein Geld. Rosenberger sagt, dass der Dienstherr für Beamte im Fall der Integration in die GRV eine „adäquate Zusatzversorgung in Form einer betrieblichen Altersvorsorge“ aufbauen müsse. *wal* **Meinung**

Wasserstoff-Park: Stadt Sonneberg stellt Förderantrag

Sonneberg – Das geplante Industriegebiet „H2Region Thüringen/Franken“ in der Gemarkung Heubisch/Unterlind nimmt die nächste Hürde im Stadtrat. Dieser folgte zur vergangenen Sitzung einer Beschlussvorlage aus dem Rathaus, wonach Bürgermeister Heiko Voigt beauftragt wird, noch heuer einen Antrag auf Gewährung von Zuschüssen zur Erschließung des Areals beim Freistaat zu stellen. Wie berichtet, hatte das Land bereits Anfang 2019 eine entsprechende Fördervoranfrage positiv beantwortet. Die Stadt intensivierte daraufhin den Flächenankauf. Zugleich bejahte es eine Mehrheit aus CDU/FDP- und AfD-Fraktion, eine Vorplanung an einen fachkundigen Planer nebst Kostenschätzung auszuschreiben. Unumstritten ist das Vorhaben nicht. Mitglieder der Linke-Fraktion erneuerten ihre Kritik, Ackerflächen für ein Industriegebiet in einer Dimension von rund 80 Hektar zu opfern. **Seite 9**

Parteien nennen AfD Demokratiefeinde

Berlin – Nach der Belästigung von Politikern im Bundestag durch Besucher haben sich die anderen Fraktionen geschlossen gegen die AfD gestellt. Union, SPD, FDP, Grüne und Linke brandmarkten die Rechtspopulisten als „Demokratiefeinde“. Drei Abgeordnete der AfD hatten die Störer am Mittwoch in den Bundestag eingeladen. Fraktionschef Alexander Gauland nannte das Verhalten zwar „unzivilisiert“. Dies werteten die anderen Fraktionen aber als pure „Heuchelei“.

Die AfD will derzeit gegen das am Mittwoch verabschiedete Infektionsschutzgesetz vor dem Verfassungsgericht klagen. Das sagte AfD-Vize Tino Chrupalla der Neuen Berliner Redaktionsgesellschaft. Ob die Klage zulässig ist, ist aber fraglich. *dpa/AFP* **Seite 7**

Meinung

Weniger Privilegien für Beamte

Zum Vorstoß aus der CDU, auch Beamte und Politiker in die Rentenkasse zahlen zu lassen

Von Bernhard Walker

Die trauen sich was, die Mitglieder im Ausschuss für Soziales der CDU. Da verteidigt ihre Partei die Tatsache, dass Beamte, manche Selbstständige und Politiker nicht in die Rentenkasse zahlen. Doch der Ausschuss sagt der Parteilinie Adieu und erklärt zutreffend, dass die Bevölkerung die Sicherungssysteme abseits der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) als „Privilegien“ betrachtet.

Der Ausschuss schlägt deshalb vor, Beamte, die 2030 jünger als 30 sind, in die GRV einzubeziehen. Das ist zwar nur ein Vorschlag, allerdings eröffnet der Ausschuss eine Debatte, die sich viele Bürger wünschen. Die fragen sich, warum bei uns nicht gehen soll, was in Österreich schon seit Jahren gilt. Dort hatte 2004 Bundeskanzler Wolfgang Schäussel durchgesetzt, dass nach einem Stichtag neu berufene Bundesbeamte in die Rentenversicherung einbezogen werden. Eine solche Reform ist also nicht bloß ein Projekt linker Umverteilungsfantasten. Und doch hat sie zwei große Haken. In Deutschland müssten 16 Länder mitziehen, weil sie Dienstherr der meisten Beamten sind. Und teuer wäre es auch. Der Staat müsste in einer langen Übergangszeit heute schon erworbene Pensionsansprüche bezahlen und für neue Beamte Beiträge an die Rentenkasse abführen. Ob die Gesellschaft sie bezahlen will? **redaktion@freies-wort.de**



Service (Abo und Zustellung)
(036 81) 8879996
E-Mail: aboservice@freies-wort.de

Lokalredaktion (036 75) 89 38 80
Zentralredaktion (036 81) 85 12 00
Leser-/Ticketshop (036 81) 79 24 50



Lokalredaktion lokal.sonneberg@freies-wort.de
Zentralredaktion redaktion@freies-wort.de
Leserbriefe leserpost@freies-wort.de



Freies Wort
Schützenstraße 2
98527 Suhl



Wetter:
Seite 16